

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Gewerbe als tragender Eckpfeiler unserer Wirtschaft

Guter Verlauf der Delegiertenversammlung der Gewerbe- und Wirtschaftskammer in Mauren

Die Delegiertenversammlung der Gewerbe- und Wirtschaftskammer vom Montagabend im Restaurant «Freihof» in Mauren war gekennzeichnet von zwei wesentlichen Faktoren: zum ersten von mehr fundierten Referaten der vier Redner Vizepräsident Hilmar Ospelt, Gewerbepräsident Josef Frommelt, Gewebesekretär Beat Marxer (Steuerreform) und Paul Kranz (Stand der Dinge im Sozialfonds für das Gewerbe und zweitens vom organisatorisch sehr guten Ablauf). Unter den rund 60 Delegierten konnte Präsident Frommelt u.a. auch begrüssen: Ehrenpräsident Josef Frick, Dr. Benno Beck, Leiter des Volkswirtschaftsamtes, Christian Brunhart, Direktor der LKW, Gerhard Biedermann, AHV-Direktor, die Organisatoren der IHGA, Fritz Sprenger und Günther Wohlwend, sowie den ehemaligen Vizepräsidenten der Gewerbevereinschaft Adolf Marxer, der später von der Versammlung einstimmig zum Ehrenmitglied gewählt wurde.

In seiner Begrüssungsansprache setzte Gewerbepräsident Josef Frommelt mehrere Schwerpunkte. Da war einmal das die Gewerbe kammer sehr stark beherrschende Problem: der Landesschlachthof. Er skizzierte den Werdegang für die Errichtung einer zentralen Schlachtstelle, die aus verschiedenen Gründen später zu einem dauernden Defizitgeschäft heranwuchs. Anlässlich einer Vorsteherkonferenz sei der Beschluss der Gemeinden eingeleitet worden, den Schlachthof zu verkaufen, an wen auch immer. Es müsse festgehalten werden – so Frommelt – dass gemäss Statuten keine Verluste hätten eintreten dürfen und auch keine Gewinne angestrebt wurden. Man wollte zwar allerorten eine einzige zentrale Schlachtstelle. Ein kostendeckender Betrieb konnte aber nicht gewährleistet werden. Die Gründe dafür seien zum Teil voraussehbar gewesen, zum Teil auch nicht. Nicht das Metzgergewerbe habe in erster Linie die Gründung der Schlachthofgenossenschaft und den Bau des Schlachthofes angestrebt, sondern die Behörden und die Öffentlichkeit.

Schwere Bedenken der Gewerbe kammer
Die Gewerbe kammer habe daher

schwere Bedenken anzumelden gegen den Beschluss der Gemeinden, den Schlachthof auf alle Fälle zu verkaufen, notfalls auch an einen ausländischen Konzern. Die Gewerbe- und Wirtschaftskammer setze sich mit aller Deutlichkeit dafür ein, dass die Anlage in einheimischem Besitz und unter liechtensteinerischer Kontrolle bleibe. Das sollte nach Meinung der Gewerbe kammer auch mit Rücksicht auf unsere Landwirte und Mastbetriebe geschehen, die auf eine Absatzmöglichkeit im Inland angewiesen seien.

Von gewerblicher Seite werde eine Beteiligung des Staates und der Gemeinden in Höhe von total 40 Prozent als absolut angemessen und sinnvoll erachtet. Der benachbarte grösste inländische Gewerbebetrieb (Wurstfabrik Ospelt) der Branche sollte mit 30 Prozent zu beteiligen sein und alle übrigen Metzgereien des Landes zu weiteren 30 Prozent. Die Übernahme summe ist mit 1,4 Millionen Franken in Aussicht gestellt.

Gewerbepräsident Frommelt appellierte an das Verständnis der betroffenen Instanzen und an die Kollegen im Metz-

gergewerbe, damit die «Sache bald einer für das Gewerbe und für unser Land nützlichen Lösung zugeführt werden kann»...

Änderung der Ausverkaufsordnung

In weiteren Schwerpunkten befasste sich Josef Frommelt mit der beantragten Änderung der Ausverkaufsordnung. Anlass zu diesem Antrag hätte der 14. Januar 1985 gegeben, der auf einen Montag fällt. Nach einhelliger Auffassung der betroffenen Handelsbetriebe wäre dieser Tag der logische Beginn des Winterausverkaufs. Die Verordnung lasse dies jedoch nicht zu und eine Sondergenehmigung sei nicht zu erreichen gewesen.

Auch kam Frommelt auf einige Gesetzesvorlagen der Regierung und Postulate der Arbeitnehmerschaft zu sprechen; wie die Erhöhung des Ferienanspruches, die Festsetzung von Mindestlöhnen, die Änderung des Arbeitslosengesetzes und des Jugendgesetzes. Es stelle sich immer mehr heraus, dass der Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen in allen Sektoren etwas dazu beitragen könnte, die Flut von Vorschriften etwas einzudämmen.

Leichte Konjunkturbelebung

Präsident Frommelt ging dann auch auf die allgemeine Wirtschaftslage ein. Aus liechtensteinerischer Sicht betrachtet und mit Blick auf die Nachbarstaaten hätten sich die äusseren Bedingungen wenig verändert, wenn auch eine leichte Konjunkturbelebung zu verzeichnen sei. Gesamthaft gesehen sei die Auslastung als gut zu bezeichnen und im Handel seien zufriedenstellende Umsätze erzielt worden.

Hingegen seien die Kapazitäten des Baugewerbes gegenüber früher stark zurückgegangen. Dennoch der Rückgang sei nur zum Teil auf eine weiter fortschreitende Mechanisierung und zeitsparender Techniken zurückzuführen. Die Hauptursache sei die Tatsache; dass der Kuchen kleiner geworden sei. Zudem sei ein Nachholbedarf der öffentlichen Hand in vielen Bereichen weitgehendst verwirklicht.

Den von dieser Seite noch anstehenden Projekten im Energieversorgungsbereich und in der Sanierung neuralgischer Verkehrsprobleme werde ein sehr grosses

(Fortsetzung auf Seite 2)

«Einige Herren» anstelle einer Volksvertretung

Offenkundige Unzufriedenheit über unser heutiges System des Parlamentarismus

Liechtenstein 1984: Die Frage lautet nicht mehr ob, sondern in welchem Umfang man den Landtag personell aufstockt, um damit eine echte Volksvertretung des Volkes und eine glaubwürdige Kontrolle der Regierung und Verwaltung zu schaffen. Denn man ist sich einig darüber, dass das heutige Parlament seine verfassungsmässigen Funktionen nicht mehr voll wahrnehmen kann. Dabei richtet sich die immer lauter werdende Kritik nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen unser System. Heute regieren nach Meinung von alt Landtagspräsident Dr. Gerard Batliner nicht mehr die Parlamentsabgeordneten das Land, sondern «einige Herren», die – so von uns hinzugefügt – praktisch von niemandem wirksam kontrolliert werden können.

Der Informations- und Diskussionsabend vom Montag, zu dem die FRAUEN IN DER FBP und das Parteisekretariat geladen hatten, wurde erneut zu einem vollen Erfolg. Und erfreulicherweise bleiben dieses Mal die Frauen nicht unter sich. Die Frage nach der heutigen Situation des Parlaments veranlasste mindestens gleich viel männliche Stimmbürger dazu, den Montagabend im Kreise der FBP im Hotel Schlössle in Vaduz zu verbringen.

Umstrittene Stellung der Stellvertreter

Verständlicherweise war FBP-Präsident Dr. Herbert Batliner über das rege Interesse, das den FBP-Veranstaltungen der letzten Wochen entgegengebracht wurde, besonders erfreut. In seiner Begrüssung würdigte er zuerst auch die Verdienste, die sich Dr. Gerard Batliner als Regierungschef und als Landtagspräsident wie kaum ein anderer um Liechtenstein erworben hat.

Dr. Gerard Batliner beschränkte sich in seinem Einleitungsreferat auf zwei besondere Aspekte unseres Parlamentarismus. Erstens auf die Anzahl der Stellvertreter und, zweitens, auf die umstrittene Stellung der stellvertretenden Abgeordneten, die zwar von den Parteien jeweils portiert, vom Volk aber im echten Sinne des Wortes nicht gewählt werden. Gleichwohl üben sie aufgrund der heutigen Praxis, die nach Meinung von Dr. Gerard Batliner ohnehin nicht unseren Verfassungsgrundsätzen entspricht, die gleichen Funktionen wie die effektiv gewählten Abgeordneten aus. Sie sitzen gleichberechtigt in Kommissionen und vertreten Liechtenstein beispielsweise in der parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Immer wieder unterstrich Dr. Gerard Batliner, dass seine Kritik an unserer heutigen Praxis keineswegs gegen die Personen gerichtet sei, die als Ersatzabgeordnete ihren Dienst am Staate leisten.

Im Gegenteil habe er allergrössten Respekt vor der Arbeit dieser Männer, die sich zuerst als Kandidaten zur Verfügung stellten und dann in die objektiv sehr undankbare Rolle des sogenannten Ersatzabgeordneten gedrängt werden.

Echte Wahl gefordert

Die Wahl für das Parlament sollte nach Meinung von Dr. Gerard Batliner eine «Auswahl» sein, die das Volk, bzw. die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger treffen und nicht eine Wahl, die von den Parteien praktisch vorweg entschieden wird, indem sie Kandidaten portieren, die dann – unabhängig vom Wahlausgang – in die Pflicht als Volksvertreter genommen werden.

Wie Dr. Gerard Batliner, so war sich auch die Mehrheit der Zuhörerinnen und Zuhörer einig darüber, dass das Volk in Liechtenstein heute effektiv «nicht mehr entscheiden kann, wer es politisch repräsentiert».

Wortmeldungen vom Balzner Gemeindevorsteher Emanuel Vogt, der sowohl das Brot des ordnetlichen Abgeordneten, wie jenes des «Ersatz» gegessen hat, sowie von Landtagsvizepräsident Armin Meier bestätigten die Ausführungen des früheren Landtagspräsidenten. Ressortsekretär Dr. Herbert Wille und Landesarchivar Dr. Alois Ospelt trugen ihrerseits durch historische und verfassungsbezogene Diskussionsbeiträge zur aussergewöhnlich vielseitigen Information bei, die an diesem Abend vermittelt wurde.

Landesausschuss entscheidet

FBP-Präsident Dr. Herbert Batliner auf die Frage, wie er sich eine als absolut notwendig erachtete Erhöhung der Zahl der Landtagsabgeordneten und damit eine Verstärkung der Interessen des Volkes vorstelle: «Darüber wird der FBP-Landesausschuss am Mittwochabend befinden. Wir sind im Kontakt mit der heutigen Regierungspartei und wir sind uns grundsätzlich auch einig darin, dass etwas für die Volksvertretung getan werden muss. Was Zahlen und einzelne Positionen anbelangt, möchte ich unserem Landesausschuss nicht vorgreifen.»

Kommentar

Publikumswirksam?

Wenn man sich der Kriegssprache bedienen möchte, so könnte man getrost behaupten, die «Verantwortlichen in unserem Land», die nach Aussagen ihres Fraktionssprechers beim Waldsterben schon ein Jahr lang kostbare Zeit für das Nachdenken über Gegenmassnahmen verlieren, seien daran, aus allen Rohren zu schieessen. Als vermeintlich taugliches Objekt haben sie sich das Bau- und Sozialhilfegesetz ausgesucht. Oder genauer: Die Frage der Kommissionsbildung steht unter Beschuss – bei zwei Gesetzesvorlagen, die aus den Ressorts der Regierungsmehrheit stammen.

Der Schusswechsel aus den verschiedenen Rohren verleitet zur – teilweise berechtigten – Annahme, dass der eine oder andere Schuss auch daneben gehen könnte. Doch kann hinter diesem Getöse auch eine konzentrierte Aktion vermutet werden, wobei jeder seinen eigenen Part zu spielen hat.

Den Auftakt gaben die Mehrheitsabgeordneten, die nicht müde wurden, darauf hinzuweisen, dass sich eine Kommission ohne weiteres erübrigte hätte, da die Änderungen ja nicht grundsätzlicher Natur gewesen seien. Ob die Kommissionen deshalb dreizehn bzw. zwanzig Sitzungen brauchten, um dem Plenum einen geeigneten Entwurf vorlegen zu können, blieb bisher freilich unbeantwortet!

Nach diesem Auftakt überliess man dem Presseorgan das schwere Geschütz und die Schlammschlacht, während der Regierungschef persönlich wiederum beschwerend wirken durfte: Im Stile eines abgeklärten Staatsmannes, wie man sie aus dem Ausland kopieren kann, erklärte er, natürlich könne bei jedem Gesetz eine parlamentarische Kommission gebildet oder eine Abänderung vorgenommen werden.

Und nun kommt auch noch der Kommissionspräsident, dessen Aufgabe es sei, «Motor zu spielen», zu Wort: «Hermann Hassler war in der sicherlich nicht beneidenswerten Lage, zur selben Zeit gleich zwei arbeitsintensive Kommissionen leiten zu müssen. Der Arbeitsaufwand lässt sich schon daran erkennen, dass im Falle des Baugesetz-Entwurfes die Kommission dreizehn Mal tagte und die Kommission zur Überarbeitung des Sozialhilfegesetzes-Entwurfes gar zwanzig Mal zusammenkam.»

Der Kreis hat sich offenbar wieder geschlossen. Wer viel schieest, trifft sicher etwas: Die Scharfmacher können zufrieden sein, die Besonnenen wurden beschwichtigt – und die Arbeit dessen, der sie eigentlich gar nicht leisten hätte müssen, wird zum Schluss auch noch gelobt.

(G. M.)

FBP

Landesausschuss-Sitzung

Heute Mittwoch treffen sich die Mitglieder des FBP-Landesausschusses im Foyer des Gemeindehauses Vaduz zu einer Sitzung. Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

JUNGE FBP Eschen-Nendeln

Geselliger Abend

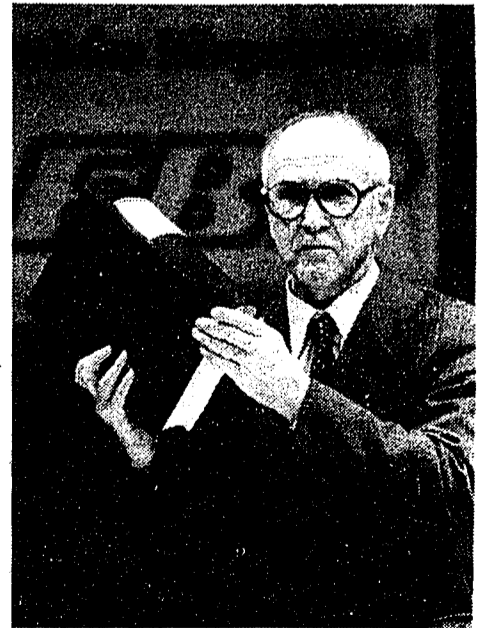
Mit einem vergnüglichen Abend setzt die JUNGE FBP Eschen-Nendeln für dieses Jahr den Schlusspunkt ihrer Veranstaltungen.

Am Donnerstag, 29. November 1984, um 19.30 Uhr, im Restaurant «Brühlhof» in Eschen wird nicht nur der Nikolaus seinen Geschenksack ausgebreitet haben, sondern wir werden noch mit einer Überraschung aufwarten, die uns sicher alle einige Zeit dieses Abends in Atem halten wird. Mehr wollen wir nicht verraten! Jedermann ist herzlich eingeladen!



Zahlreiche Männer und Frauen waren am Montagabend zusammengekommen, um von kompetenter Seite das Wichtigste über den Landtag, die Volksvertretung, zu erfahren. Auf unserem Bild spricht Parteipräsident Dr. Herbert Batliner über die geplante Erhöhung der Zahl der Landtagsabgeordneten. Damit wird sich innerhalb der FBP heute Mittwochabend der FBP-Landesausschuss beschäftigen.

(Bilder: Eddy Risch)



Der frühere Landtagspräsident und Regierungschef Dr. Gerard Batliner hielt ein hervorragendes Referat über den Landtag und die Landtagsarbeit. Die Belastung der Abgeordneten dokumentiert er mit dem Vorzeigen eines Bandes der Landtagsprotokolle, die Jahr für Jahr umfangreichere Formen annehmen.